

Vertrauen und Verantwortung

Grundlagen einer Gesellschaftsanalyse

Teil III: Staatswesen

Christoph Noebel

5.7 Staatsversagen: Die „unsichere Hand“ des Staates

5.7.3 Politische Kommunikation und Vertrauen

Der Begriff der *Kommunikation* geht ursprünglich auf das lateinische Wort *communicato* zurück und bedeutet *Mitteilung*. Es beschreibt das Übertragen von Informationen, wobei diese sehr unterschiedliche Formen annehmen können. Zum Inhalt des Begriffs der Information zählen Konzepte wie Wissen, Erkenntnisse, Erfahrungen, Meinungen, Motive und Vorstellungen. Durch die beiden Elemente *Mit* und *Teilen* wird die Kommunikation in der Regel als *Austausch* von Informationen beschrieben und verweist auf ein Gespräch oder eine Auseinandersetzung mit anderen Menschen. Obwohl der Austausch generell auf Gegenseitigkeit und Gleichwertigkeit beruht, ist dies im Verhältnis zwischen Politiker und Bürger selten der Fall. Da gewöhnlich der persönliche Kontakt fehlt, tritt der Politiker vorwiegend als Redner und Kommunikator auf, während der Bürger die passive und distanzierte Rolle des Zuhörers oder Zuschauers einnimmt. Es kommt kaum zu einem ausgeglichenen Austausch zwischen beiden Parteien, sondern zu einem einseitigen Informationstransfer. Anders als in einem persönlichen Gespräch bedeutet dies für den Bürger als Empfänger der Kommunikation, dass ihm Aussagen und Verhaltensweisen des Politikers fast ausschließlich über mediale Quellen übermittelt werden. In Interviews nehmen Journalisten gewissermaßen eine Vertreterrolle des Bürgers ein, um für einen Ersatzaustausch zu sorgen.

Neben Veröffentlichungen und Parteiprogrammen bleibt dem Bürger meist nur die Möglichkeit, die Vorstellungen und Motive des Politikers über seine öffentlichen Auftritte, Kommentare und Reden kennenzulernen. Die räumliche und persönliche Distanz zwischen Kommunikator und Empfänger wirft jedoch einige Fragen auf. Welche Arten der Verständigung stehen dem Politiker im Zeitalter medialer Informationsüberfütterung zur Verfügung? Inwieweit wird politische Kommunikation durch die sozialen und klassischen Medien gefiltert? Was versteht man unter guter Rhetorik? Wie gestaltet sich Kommunikation als glaubwürdig und überzeugend? Welche Rolle spielen die Motive der Inszenierung? Warum scheitern Politiker mit ihrer Kommunikation und schüren Misstrauen? Einige Ansätze zur Beantwortung dieser Fragen sind schon allgemein im Zusammenhang mit der Argumentations- und Kritikführung [K1.1.1] sowie im Kontext der Dialogführung und Vertrauensbildung [K2.1.4] erörtert worden. Nun verengt sich der Fokus auf den Bereich der politischen Kommunikation und Fragen, wie dadurch Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewonnen oder verloren werden können.

Bevor wir auf die Wirksamkeit der Aussagen und Versprechen von Politikern eingehen, ist es notwendig, zwei Aspekte zu nennen, um einen angemessenen Kontext herzustellen. Da die Verständigung zwischen Politiker und Bürger selten persönlich stattfindet, benötigt sie die medialen Kanäle des Radios, Fernsehens, Internets, der Printmedien und sozialen Netzwerke. Vieles, was der Bürger von Politikern vermittelt bekommt, läuft demnach durch das Selektionssieb der Medien. Obwohl diese das wesentliche Bindeglied der Verständigung zwischen Politik und Wähler darstellen, ist das enge Verhältnis zwischen Politik und Medien nicht problemlos. Während die sozialen Netzwerke zu einer übertriebenen Informationsfülle, Verwirrung und Ratlosigkeit beitragen, basieren

Nachrichten und Kommentare der klassischen Medien auf den Auswahlentscheidungen zuständiger Redaktionen. Das Fernsehen nimmt in diesem Kontext immer noch eine besondere Leitfunktion ein, da es nach wie vor das wichtigste Massenmedium darstellt. So haben die redaktionellen Auswahlverfahren zwar den Vorteil, etwas Ordnung in die Informationsvielfalt zu bringen, gleichzeitig können sie durch fehlende Kontextualisierung ein verzerrtes und einseitiges Bild aktueller Gesellschaftsthemen zeichnen [K5.12.2].

Durch die Nähe zu den klassischen Medien steht der Politiker in einem gegenseitigen *Abhängigkeitsverhältnis* zum Journalismus. Dieser Zwiespalt äußert sich nicht nur in den Möglichkeiten, seine Positionen der Öffentlichkeit präsentieren zu können, sondern auch in der Gefahr, dass die Berichterstattung seine wahren Anliegen und Motive nur bedingt widerspiegelt. Verzerrungen dieser Art ergeben sich aus der Tatsache, dass Ansprachen, Aussagen und Kommentare von Politikern verkürzt und nicht in ihrer Gesamtheit dargestellt werden. Da der Bürger über die medialen Kanäle oft nur Bruchstücke der politischen Inhalte geboten bekommt, ist es nicht verwunderlich, dass viele Wähler über diese Informationsquelle nur begrenzt erfahren, welche gesellschaftspolitischen Konzepte Politiker und ihre Parteien tatsächlich vertreten. Hier sind die Parteiprogramme für den interessierten Wähler meist nur von limitiertem Nutzen, da sie in der Regel zu umfangreich sind und Ideale oder Wunschvorstellungen proklamieren, die mit der Realpolitik nicht immer zu vereinen sind. Folglich tritt ein politisches Kommunikationsproblem dadurch auf, dass Parteiprogramme in langwierigen Texten, fragmentarischen Äußerungen und auf floskelhaften Wahlpostern der Öffentlichkeit vermittelt werden. In einer liberalen Demokratie liegt die Verantwortung zwar bei den Bürgern und Wählern, sich über politische Programme zu informieren, gleichzeitig müssen Politiker ihren Beitrag dazu leisten, die Informationsbeschaffung der Bürger so mühelos wie möglich zu gestalten.

Als jemand, der permanent den Stimmenfang im Auge hat, nutzt der Politiker gezielt die gängigen Mittel medialer Kommunikation. Mit offiziellen Ansprachen, spontanen Kommentaren über Twitter oder den Rundfunk und Auftritten in TV-Shows setzt er sich mit Hilfe der Medien in Szene. Von Brisanz und Widersprüchlichkeit ist nicht nur eine enge Kooperation des Politikers mit der Boulevardpresse, sondern auch der zunehmende Gebrauch sozialer Medien. Einerseits werden diese Kommunikationsmittel als oberflächlich und sogar als schädlich für die Gesellschaft bezeichnet, andererseits bedienen sich Politiker dieser Foren, um spontane und knappe Äußerungen einem breiten Publikum zukommen zu lassen. Konflikte dieser Art unterstreichen das gängige Argument, dass politische Aussagen weniger der *Aufklärung* dienen, als einer bewussten *Inszenierung*. Für viele Bürger erweckt dieser Sachverhalt den Anschein einer inhaltsleeren Auf-führung und das latente Gefühl, getäuscht zu werden.

Das Phänomen politischer *Fehlkommunikation* ist nicht neu und daher beschäftigen sich Autoren immer wieder mit dem Problem einer unzureichenden Dialogführung durch Oberflächlichkeit, Scheinargumente, Emotionalität und Verzerrung. Hier spricht nicht nur der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (2018) von einer *Gereiztheit* im medialen Diskurs der sozialen Netzwerke, auch die Kommunikationsberater Malte Krüger (2013) und Stefan Wagner (2014) beklagen erhebliche Mängel in der Qualität politischer Debatten. Während Krüger sich kritisch mit der Banalität der politischen Selbstin-szenierung in TV-Polit-talks und einer oberflächlichen *Debattenkultur* befasst, prägt Wagner das interessante Konzept der *Scripts*. Es beschreibt die Gefahr, mit einseitigen *Narrativen* verzerrte Darstellungen und Halbwahrheiten zu verbreiten. In eine kritische Auseinandersetzung mit politischer Kommunikation gehört auch das Werk des Journalisten Oliver Georgi (2019). Mit seiner Kritik am Einsatz von *Phrasen* und Floskeln im

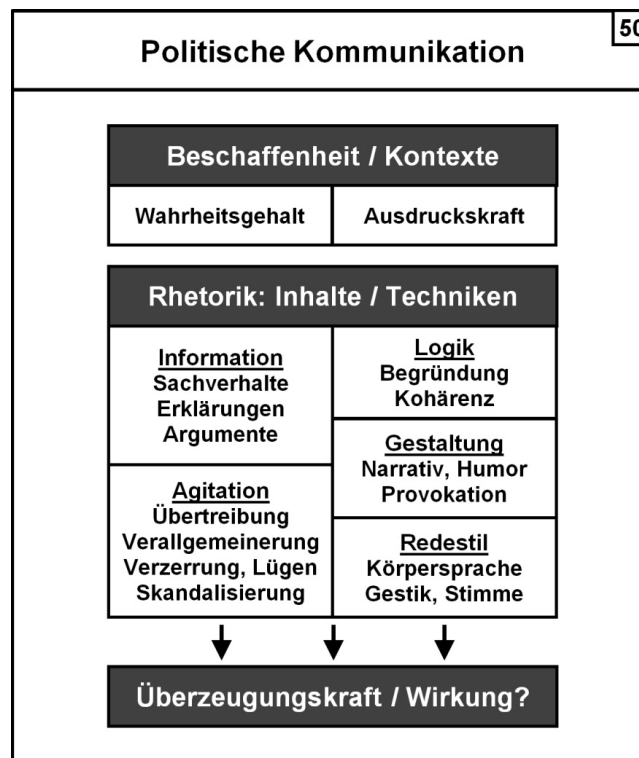
politischen Sprachgebrauch fordert er mehr *Klartext*, um politischen Debatten zusätzliche Authentizität und Ehrlichkeit zu verleihen.

In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, kurz auf die Begriffe des *Streitens* und einer *Streitkultur* einzugehen. Im Englischen verweisen die Wörter *Debate* oder *Discussion* einerseits und *Row* oder *Fight* andererseits auf inhaltliche Unterscheide, die im deutschen Begriff des Streitens untergehen und Missverständnisse verursachen. Der Wortgebrauch des Streits beschreibt der Duden als „heftiges Sichauseinandersetzen, Zanken [mit einem persönlichen Gegner] in oft erregten Erörterungen, hitzigen Wortwechseln, oft auch in Handgreiflichkeiten“. Obwohl die Journalistin Susanne Schnabl (2018) und die Politologin Andrea Römmele (2019) eine neue Streitkultur fordern, meinen sie einen regen, leidenschaftlichen und sachorientierten Austausch, der dem Muster einer zivilen Auseinandersetzung entspricht. Daher ist die Vieldeutigkeit des Begriffs der Streitkultur unvorteilhaft, denn ohne explizite Einschränkung kann sich eine Kultur des Streitens durchaus auf die ungewollten Kommunikationsformen der Anfeindung, Polarisierung und des Populismus beziehen. Wer eine vernünftige *Debattenkultur* fordert, könnte sich an den lebendigen *Debating Societies* britischer Universitäten oder an der deutschen Version des Vereins der *Debating Society Germany e.V.* orientieren. In ihren Debatten werden gegensätzliche Standpunkte auf hohem Niveau vorgetragen und ausdiskutiert. Es gehört zu den Regeln des vernünftigen Austauschs, emotionales Gezänk zu vermeiden. Wer Streit sucht, darf sich nicht wundern, wenn er Feindseligkeit und Polemik erntet. Eine lebendige und wehrhafte Demokratie benötigt nicht *Streit*, sondern fundierte Argumente und konstruktive *Debatten*.

Nachdem wir das Thema politischer Kommunikation in einen medialen Kontext gestellt haben, wenden wir uns dem klassischen Aspekt der politischen *Redekunst* oder *Rhetorik* zu. Wie bereits in der Charakterisierung des *Homo politicus* hervorgehoben, gehört es zur Aufgabe und den speziellen Fähigkeiten des Berufspolitikers, vor einem Publikum überzeugend reden zu können. Hier sollte zunächst zwischen den Verpflichtungen des *Spitzenpolitikers* mit höherem Amt und den weniger exponierten Berufspolitikern, die als Abgeordnete meist im Hintergrund agieren, unterschieden werden. Eine Analyse öffentlicher Reden betrifft somit weitgehend den kleineren Kreis der Spitzenpolitiker. Obwohl sich viele von ihnen formell in Rhetorik ausbilden lassen und sich entsprechende Berater zulegen, schaffen es nur wenige, die Kunst der öffentlichen Rede so zu meistern, dass sie überzeugend und glaubwürdig bei Zuhörern ankommen. In einer qualitativen Bewertung spielen stets äußere Faktoren und subjektive Neigungen eine Rolle. Dennoch ist es möglich, sich dem Thema der verbalen Kommunikation strukturiert zu widmen, um wesentliche Merkmale herauszuheben. Prinzipiell verfügt die Redekunst über drei wesentliche Aspekte: *Inhalt*, *Redetechnik* und die entsprechende *Wirksamkeit* oder *Überzeugungskraft*. Gemeinsam sollen sie dazu beitragen, nicht nur die Aufmerksamkeit, sondern auch das Vertrauen der Zuhörer zu gewinnen.

Schon der römische Philosoph, Politiker und berühmte Redner seiner Zeit, Marcus Tullius Cicero, beschäftigte sich ausgiebig mit der Kunst öffentlicher Reden. Abgesehen von der Bedeutung geschickter Techniken, bestand Cicero darauf, dass Rhetorik und moralisches Verhalten als Einheit verstanden werden. Daher beruht die Glaubwürdigkeit eines Redners nicht nur auf der Glaubhaftigkeit seiner Aussagen und Versprechen, sondern auch auf dem Grad seiner Authentizität, Aufrichtigkeit und moralisch konsequenten Verhaltensweise. Absichtliche Falschaussagen und inhaltliche Widersprüche sowie inkonsequentes Gebaren bieten somit erste Erklärungen, warum Politiker als Redner versagen und ihnen geringes Vertrauen geschenkt wird. Besonders auffällig gestaltet sich dieses Problem, wenn Redner andere kritisieren und von ihnen Verhaltensnormen fordern, die sie selber nicht einhalten. In solchen Fällen ernten sie bestenfalls

Beifall von Gleichgesinnten und konformen Parteifreunden, nicht jedoch von kritischen Bürgern.



Das Diagramm 50 verschafft einen knappen Überblick der wichtigsten Kriterien politischer Rhetorik. Darin werden zunächst die Aspekte des Informations- und *Wahrheitsgehalts* und die Bedeutsamkeit der stilistischen *Ausdruckskraft* eloquenter Techniken hervorgehoben. Beide Elemente müssen unterschiedlichen Kontexten angepasst werden, denn ihre Gewichtung und Ausdrucksformen ändern sich mit den Umständen, unter denen sich Politiker öffentlich äußern. Mediale Kommentare, Stellungnahmen, Interviews und politische Reden lassen sich somit auf einer Brandbreite zwischen vernunftbezogener Sachlichkeit bis hin zu emotionaler Propaganda einordnen. Sollte eine politische Aussage oder Rede der Informationsvermittlung, Erklärung, dem Meinungs-austausch oder fundierter Kritik dienen, benötigt der Redner nicht nur Selbstbewusstsein, sondern auch die Fähigkeiten der logischen Argumentationsführung. Um dieser Verpflichtung nachzukommen, braucht er das notwendige *Fachwissen*, um auf überzeugende Weise Sachverhalte und Zusammenhänge beschreiben zu können. Unter der Thematik asymmetrischer Information argumentierten wir bereits, dass Politiker diese Bedingung oft nicht erfüllen [K5.7.2]. Das Problem des Nichtwissens wird daher meist kaschiert, indem sie leere Floskeln äußern und vage Versprechen geben, um sich inhaltlich nicht festlegen zu müssen. Oberflächliche Kommunikationsformen dieser Art werden in der Regel als Ausdruck haltloser *Symbolpolitik* geringgeschätzt. In diesem Sinne bekunden Politiker gerne, sich für eine gerechte, nachhaltige, innovative und zukunfts-trächtige Welt einzusetzen, doch auf Fragen, wie diese Ideale in der Praxis umzusetzen seien, bleiben in der Regel konkrete Vorstellungen und Antworten aus.

Berufspolitiker sind in ihrer Ausrichtung und Programmatik zweierlei Einflüssen ausgesetzt, die das Niveau der Kommunikation beeinträchtigen. Zunächst spricht man von einem *Echokammer-Effekt*, wenn der ständige Umgang mit Gleichgesinnten zu verengten Sichtweisen und kognitiven Verzerrungen des *Confirmation Bias* oder *Bestätigungsfehlers* führt. Im Kontext der Politik bedeutet dieses Phänomen, dass nicht nur parteipolitisch beschränktes Gedankengut den Blickwinkel verengt, sondern diese Ober-

flächlichkeit durch Kontakte im nahen Partei Umfeld bestätigt und bestärkt werden. Der zweite Einfluss auf politische Kommunikation wird als *Schweigspirale* bezeichnet. Hierbei handelt es sich um gesellschaftlich relevante Themen, die in der politischen Kommunikation vermieden werden, weil entsprechende Aussagen der vorherrschenden Mehrheitsmeinung widersprechen. Kontroverse Positionen zur Außenpolitik, Migration oder Kritik an Minderheitsinteressen werden kaum thematisiert, um sich vor dem Druck der Massenmedien und neuerdings vor heftiger Kritik in den sozialen Netzwerken zu schützen.

Um bei Zuhörern für Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit zu sorgen, müssen nicht nur *Informationsgehalt* und *Erklärungen* fundiert sein, der Politiker sollte über ausreichend *rhetorische Techniken* verfügen. Dazu zählt sowohl die Fähigkeit der freien und improvisierten Rede als auch der Aufbau, das Narrativ und die Begründung von Argumenten. Hier kommt die Philosophie ins Spiel, denn sie legt bestimmte Regeln der Logik fest, die zur Glaubhaftigkeit einer Rede beiträgt. Zunächst sollte der Redner über das rhetorische Geschick einer widerspruchsfreien oder *konsistenten* Argumentation verfügen. Dieser Aspekt ist von Bedeutung, denn nicht nur widersprüchliches Handeln, sondern auch die inkonsequente Argumentation in öffentlichen Ansprachen sorgt für Misstrauen und stellt die Seriosität des Redners infrage. Zu den rhetorischen Regeln gehört zweitens die *Kohärenz*. Sie erfordert, dass Argumente einen schlüssigen und fehlerlosen Zusammenhang ergeben. Als drittes sollte sich eine Rede durch ihre *Stringenz* oder *Stimmigkeit* auszeichnen, wenn sie etwas Wesentliches zu sagen hat. Diese Regel bedeutet nichts anderes als irrelevante Information wegzulassen, also weniger zu *Schwafeln*, um Aussagen und Argumente verständlicher zu gestalten.

Wenn Oliver Georgi mehr Klartext fordert, handelt es sich um den Mut der Politiker, sich einer verständlichen Sprache zu bedienen und nicht der Versuchung zu erliegen, sich mit Phrasen und Ausreden inhaltlich bedeckt zu halten. Die drei logischen Regeln der Rhetorik bieten daher nicht nur ein brauchbares Gerüst für jeden Redner, sondern auch eine Bewertungsgrundlage für den Zuhörer, um die Fähigkeiten und Professionalität des Politikers einzuordnen. Folglich überrascht es nicht, wenn die in den traditionellen und sozialen Medien geäußerten Klischees, Schlagwörter und Halbwahrheiten der Politiker nicht nur ihre Glaubwürdigkeit beschädigen, sondern auch das Vertrauen in die Praxis der Demokratie. Unabhängig von der Äußerung fragwürdiger Inhalte sind es solche Merkmale der Fehlkommunikation, die Anlass geben, sie unter dem Aspekt des Staatsversagens aufzuführen.

Ein weiterer Bestandteil der Rhetorik betrifft Techniken, die sich von den strengen philosophischen Regeln der Logik abwenden. Dabei handelt es sich nicht primär um das Motiv des Redners, seine *Authentizität* zu beweisen, sondern um die Aufmerksamkeit des Zuhörers mit Hilfsmitteln zu steigern und dadurch den Inhalten mehr Ausdruck zu verleihen. Dazu gehören beispielsweise Humor und der gelegentliche Einsatz unterhaltsamer Anekdoten. Auch die schärfere Variante der Satire vermag es, mit ihren zugespitzten und übertriebenen Formulierungen zu einer Verdeutlichung gewisser Argumente beizutragen und das Interesse des Zuhörers zu stärken. Die Provokation mag zwar als unterhaltsame Technik eingesetzt werden, sie kann jedoch auch auf negative Weise verwendet werden. Neben der geistreichen Satire oder Parodie werden die Mittel der Provokation oft für politische Agitation genutzt, um mit Sündenböcken, Feindbildern, Verleumdungen und dogmatischen Parolen die Zuhörer zu manipulieren und in Kampfstimmung zu versetzen.

Zu jeder offiziellen Ansprache gehört ein Publikum. Nicht nur fällt es auf Grund der persönlichen Sozialisierung und Bildung unterschiedlich aus, auch seine Erwartungen spielen eine Rolle und prägen die politische Rhetorik. Die kommunikativen Merkmale

der Sachlichkeit, Argumentationsführung und Ausdruckskraft sind daher oft von der Zusammensetzung und Einstellung des Publikums abhängig. Ausdrucksformen und Redestile passen sich den Inhalten und Motiven der Ansprache an. Bei öffentlichen Auftritten muss sich der Politiker zunächst bewusst sein, dass er dem Volk zu dienen hat und daher seine Sprache deutlich und verständlich ausfallen sollte. Reden im Parlament gelten beispielsweise nicht nur den Anwesenden, sondern auch der Öffentlichkeit, die mit technischen Details und Verweisen auf Gesetzesparagrafen meist wenig anfangen können. Um einer Rede mehr Wirksamkeit zu verleihen, schadet es nicht, Leidenschaft und Engagement zu zeigen. Besonders in öffentlichen Ansprachen zu Gleichgesinnten in Wahlveranstaltungen und Parteikongressen steigt der Emotionspegel mit entsprechenden Ausdrucksformen.

Wenn in Reden gestikuliert, geschimpft, gedroht und die Stimmlage lauter wird, zeigt sich die Bedeutung und Wirkung des gruppenpsychologischen *Herdenverhaltens*. Obwohl derartige Muster bei Rednern extremer Parteien zur Norm gehören, bedienen sich auch moderate Politiker jeglicher Parteizugehörigkeit des emotionalen Mittels der Skandalisierung, Pauschalisierung und Verzerrung. Parteisoldaten und loyale Wähler mögen diese Rituale archaischer Verhaltensweisen als Leidenschaft deuten, außenstehende Zuschauer dagegen eher als Befremdung und Zumutung. Dieser Veranstaltungsstil wirft die Frage auf, welchen Einfluss die Begeisterungsfähigkeit der Zuhörer auf Inhalte und Redestile des Politikers ausübt. Wie bereits thematisiert, trifft die Annahme des rationalen Wählers nur bedingt zu [K5.5], sodass politische Reden vor linientreuen Anhängern meist mit konformer Begeisterung begleitet werden. Opportunistische Politiker nutzen diesen Umstand, um mit einfachen Parteidogmen, Feindbildern und Verunglimpfung politischer Gegner für emotionale Zustimmung beim Publikum zu sorgen. Im politischen Wettkampf neigen Politiker in besonderem Maße dazu, pauschale Kritik ohne Begründung an ihren Konkurrenten zu üben, ohne selber Lösungen für existierende Probleme vorzuschlagen. Da in derartigen Ansprachen einseitige und inhaltsleere Kritik verbreitet ist, brechen viele politische Redner die Prinzipien einer sachlichen und vernunftgeleiteten Debattenkultur. Daher ist nicht sicher, ob politische Inszenierungen dieser Art tatsächlich dazu beizutragen, Vertrauen der Bürger in ihre offiziellen Vertreter zu stärken

Neben den verbalen Äußerungen und Reden fällt auch das *allgemeine Verhalten* und Gebaren der Berufspolitiker unter die Kategorie der Kommunikation. Personen, die regelmäßig in der Öffentlichkeit auftreten, unterliegen implizit der Verpflichtung, eine gesellschaftliche *Vorbildrolle* einzunehmen. Sei es der Fußballer, Musiker, Vorstandsvorsitzende eines Großunternehmens oder Politiker, ihr Verhalten dient dem *öffentlichen Interesse* und unterliegt somit einer besonderen Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund werden Politiker in der amtlichen Rolle des Staatsdieners nicht nur wegen Missbrauch ihrer Position beanstandet, sondern auch auf Grund fragwürdiger Verhaltensweisen.

Ein Beispiel hierfür bieten die Debatten im Deutschen Bundestag. Um diese zu untersuchen, verbrachte der Journalist Roger Willemsen (2014) alle Sitzungstage des Jahres 2009 im „Hohen Haus“ und zeichnete ein insgesamt deprimierendes Bild des Benehmens der Abgeordneten. Da das Verhalten der meisten Anwesenden in Klassenzimmern der Republik mit Tadel und Bestrafung geahndet würde, kann von einer Vorbildfunktion der politischen Entscheidungsträger kaum die Rede sein. Schließlich gehört es in einer zivilisierten Gesellschaft zum Stil des vernünftigen Dialogs, dass einem Redner zugehört wird. Auch wenn die diskutierten Gesetzentwürfe bereits in den Hinterzimmern der politischen Fraktionen und Ausschüssen abgesprochen worden sind, bedeutet dies nicht, dass sich Abgeordnete vor den Augen der Öffentlichkeit fleghafter benehmen als pu-

bertierende Jugendliche. Während der Redner seine Argumente darstellt, ist zu erwarten, dass die anderen Volksvertreter zuhören anstatt zu schwätzen und scherzen, mit Mobiltelefonen spielen, Akten bearbeiten oder mit irrelevanten Zwischenrufen den Redner unterbrechen. Durch derartiges Benehmen vermitteln sie in der Öffentlichkeit eine Arroganz und Rücksichtslosigkeit, die keineswegs der Vertrauensbildung dient.

Da wir uns explizit mit dem Aspekt des Vertrauens beschäftigen und dessen Verlust als Schaden am Gemeinwohl bezeichnen, stellt sich abschließend die Frage, warum Politiker scheinbar Angst davor haben, Fehler öffentlich zuzugeben, Konflikte demokratischer Entscheidungsprozesse zu erklären oder auf Schwächen fehlender Fachkenntnisse einzugehen. Verfolgt man regelmäßig Aussagen von Spitzenpolitikern, fällt auf, dass sie äußerst selten eigene Fehlurteile, die der Partei oder der ihnen zugewiesenen Behörden eingestehen, geschweige denn Schuldbewusstsein bekunden. Bestenfalls bedienen sich politische Verantwortungsträger der *Salamitaktik*, wenn sie auf Druck der Medien scheinbar eingeständnisse ihres Versagens machen müssen. Dieses Verhalten mag einer arroganten Haltung geschuldet sein, eine plausiblere Erklärung liegt jedoch in ihrer Furcht, Transparenz und Ehrlichkeit könnten das öffentliche Vertrauen in sie beschädigen. Doch trifft diese Annahme tatsächlich zu? Wenn wir davon ausgehen, dass Vertrauen weitgehend durch ehrliches Auftreten gewonnen wird, wäre es für Politiker nicht ratsam, mehr Offenheit und Gradlinigkeit zu zeigen oder auch mal Schwächen einzugestehen? In diesem Zusammenhang mögen Sorgen um die Integrität des Staates durchaus eine Rolle spielen, denn es scheint ein Übereinkommen zu herrschen, dass Schuldeingeständnisse für Politik- und Behördenversagen die *Staatsräson* untergraben könnten. Es ist jedoch fraglich, ob diese staatshörige Haltung tatsächlich der Stabilität des Staatswesens dient. Schließlich ist nicht auszuschließen, dass ein realistischer, vernünftiger und transparenter Umgang mit Formen des Staatsversagens zu höherem Vertrauen in die politischen und administrativen Entscheidungsprozesse des Staates führt.

Diesbezüglich sei zur Illustration ein faszinierendes Beispiel politischer Kommunikation erwähnt, das für den einen oder anderen Politiker als Vorbild dienen könnte. Es handelt sich um den isländischen Komiker, Schriftsteller und bekennenden Anarchist, Jón Gnarr, der auf ungewöhnliche Weise 2010 zum Bürgermeister von Reykjavík gewählt wurde. Zu seinen Wahlversprechen gehörten die satirischen Zusagen einer „offenen statt heimlichen Korruption“ in der Politik und „ein drogenfreies Parlament bis 2020“. Obwohl er während seiner Wahlkampagne fragwürdige und skurrile Zusicherungen machte, verdeutlichte er mit Humor die Schwächen der etablierten Politik. Er gewann ohne Wahlprogramm, Fachkompetenzen und Politikerfahrung das Vertrauen der Bürger. Dieses Beispiel ist für die Praxis politischer Kommunikation von Bedeutung, da es aufzeigt, dass Authentizität und ehrliche Eingeständnisse der Fehlerhaftigkeit zu hohen Werten der Glaubwürdigkeit führen können. Wahrscheinlich leiden die meisten Politiker unter Angst des Scheiterns und gaukeln mit unehrlichen Versprechen Fähigkeiten und Bürgernähe vor, denen der Bürger letztlich keinen Glauben schenkt. Etwas mehr Gelassenheit, Bescheidenheit, Selbstironie und Humor sowie die Bereitschaft, Fehlurteile und Versäumnisse einzugestehen, würde Verantwortungsbewusstsein beweisen und könnte sicherlich auch in Deutschland dazu beitragen, das generell geringe Vertrauen in die Politik aus ihrem Tief zu heben. Vertrauensverlust beruht nicht nur auf begangenen Fehlern, da irren menschlich ist, sondern auch auf dem Unwillen oder der Unfähigkeit politischer Entscheidungsträger, die Ursachen vieler Missstände oder Krisen zu erklären und auf ihre eigene Mitverantwortung einzugehen.

Literatur

- Georgi, Oliver (2019): „Und täglich grüßt das Phrasenschwein: Warum Politiker keinen Klartext reden - und wieso das auch an uns liegt“, Duden, 2019
- Krüger, Malte (2013): „Die Vermessung der Elite: Warum Deutschlands Vorzeigedenker die Kapitalismuskrisis nicht erklären können“, Books on Demand, 2013
- Pörksen, Bernhard (2018): „Die große Gereiztheit: Wege aus der kollektiven Erregung“, Carl Hanser Verlag, 2018
- Römmele, Andrea (2019): „Zur Sache!: Für eine neue Streitkultur in Politik und Gesellschaft“, Aufbau Verlag, 2019
- Schnabl, Susanne (2018): „Wir müssen reden: Warum wir eine neue Streitkultur brauchen“, Brandstätter Verlag, 2018
- Wagner, Stefan (2014): „Das Ende der Blender: Die medialen Muster der Ehrlichkeit“, Goldegg Verlag, 2014
- Willemsen, Roger (2014): „Das Hohe Haus: Ein Jahr im Parlament“, S. Fischer Verlag, 2014